

Aus dem Hessischen Landtag

29.11.2017

Eva Goldbach MdL

Ländlicher Raum, Kommunales, Petitionen

Aktuelle Stunde

Zukunft wird aus Mut gemacht – und Demokratie aus Kompromissen

Das Ergebnis der Bundestagswahl und die Ereignisse danach geben uns sehr zu denken. In einer von den GRÜNEN beantragten Aktuellen Stunde sagte der Fraktionsvorsitzende Mathias Wagner: „Bereits vor der Wahl haben zwei Parteien gesagt, dass sie auf jeden Fall in die Opposition gehen werden. Sie wollten die Stimmen der Wählerinnen und Wähler, obwohl sie nicht bereit sind, ihre Inhalte in Regierungsverantwortung umzusetzen. Eine Sekunde nach Schließung der Wahllokale hat eine weitere Partei erklärt, dass sie für eine Regierungsbildung nicht zur Verfügung steht. Und seit der Nacht zum Montag wissen wir, dass noch eine Partei mit der Bildung einer Regierung nichts mehr zu tun haben will.“



Die Parteien, die nicht regieren wollen, glauben, dass das Festhalten an der eigenen Position auf mehr Zustimmung stößt als die mühsame Suche nach einem Kompromiss. Der Zusammenhalt einer vielfältigen und komplexen Gesellschaft kann aber nicht funktionieren, wenn immer mehr Menschen nur noch um sich und ihre Überzeugungen kreisen, in ihrer Blase leben und ein Dialog mit Andersdenkenden nicht gewollt, sondern teilweise sogar aggressiv abgelehnt wird. Deshalb gilt es zu widersprechen, wenn immer mehr Menschen denken, es sei nur dann Demokratie, wenn sie Recht bekommen. Vielmehr ist es dann Demokratie, wenn wir uns ernsthaft um den Ausgleich unterschiedlicher Interessen bemühen.“

[Die vollständige Rede von Mathias Wagner können Sie hier sehen und hören](#)

Kommunen haben wieder finanzielle Gestaltungsspielräume

Das Land Hessen und die Kommunen haben es dank einer gemeinsamen Anstrengung geschafft, dass die Städte, Kreise und Gemeinden wieder finanzielle Spielräume für ihre wichtigen Aufgaben haben. Die große Mehrheit der Landkreise, Städte und Gemeinden konnte ihre Haushalte 2016 ausgleichen. Alle hessischen Kommunen zusammen lagen 2016 mit mehr als 300 Millionen Euro im Plus. In immer mehr Kommunen wird das Jährliche Defizit zum Überschuss – Geld, das einer besseren Lebensqualität zugutekommt. Das Land hat die Kommunen dabei mit einer Reihe von Entschuldungshilfen und Investitionsprogrammen unterstützt, die sich passgenau in eine umfangreiche Gesamtstrategie einfügen.



Der neue bedarfsorientierte Kommunale Finanzausgleich (KFA) ist die verlässliche Grundlage. Die Mittel dafür im Landeshaushalt sind von 2013 bis 2017 um 829 Millionen auf das Rekordvolumen von fast 4,6 Milliarden Euro gestiegen; bis 2019 wächst das Volumen des KFA sogar auf mehr als fünf Milliarden Euro steigen. Die beiden Kommunalen Investitionsprogramme I und II mit insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro Gesamtvolumen fließen in eine bessere Infrastruktur, insbesondere in Schulen. Die Hessenkasse der Landesregierung nimmt den Kommunen zum 1. Juli 2018 auf einen Schlag bis zu sechs Milliarden Euro an Kassenkrediten ab und entschärft damit eine Zeitbombe. In einem zusätzlichen Investitionsprogramm stellt sie weitere mehr als 500 Millionen Euro bereit, von dem finanzschwache Kommunen profitieren, die keine Kassenkredite haben.

Meine Rede zu den kommunalen Finanzen können Sie auf der [Website der Hessenschau](#) ansehen und -hören.

KIP: Über 90 Millionen Euro für Schulen

Hessens Schulträgern steht ein Investitionsvolumen von 533 Millionen Euro zur Verfügung. Finanzminister Dr. Thomas Schäfer und Kultusstaatssekretär Dr. Manuel Lösel übergaben die ersten Schülerkonten an die Schuldezernenten des Landkreises Darmstadt-Dieburg, des Landkreises Groß-Gerau, des Hochtaunuskreises, des Main-Taunus-Kreises, des Rheingau-Taunus-Kreises und des Wetteraukreises. Zusammen können diese sechs Schulträger durch [KIP macht Schule!](#) über 90 Millionen Euro investieren. (Bild/HMdF/© H. Heibel)



Bund und Land tragen jeweils 75 Prozent der Kosten, die Schulträger steuern 25 Prozent bei. Das Investitionsprogramm richtet sich an die 31 kommunalen Schulträger in Hessen. Dies sind alle 21 hessischen Landkreise, die fünf kreisfreien Städte, die so

genannten fünf Sonderstatusstädte sowie zwei kreisangehörige Städte, die Schulträger sind. Als 32. Schulträger wird der Landeswohlfahrtsverband (LWV) profitieren. Er ist Träger von 14 Förderschulen in ganz Hessen. Im Bundesteil für finanzschwache Schulträger sind 25 Kommunen antragsberechtigt. Sechs Schulträgerkommunen erfüllen keine der beiden Voraussetzungen. Sie profitieren vom Landesteil.

Die Schulträger entscheiden, in welche ihrer Schulen sie investieren möchten. Die Anträge auf Förderung können sie, sobald die Förderrichtlinien mit den Kommunalen Spitzenverbänden besprochen und abgestimmt sind, ab Januar 2018 bei der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) einreichen. Das Finanzministerium wird den Fachleuten der Kommunalen Familie auch eine Sitzung zu KIP macht Schule! anbieten, um Fragen zu klären.

[Weitere Informationen finden Sie hier.](#)

Zehn Jahre Sportland Hessen

Hessen fördert und stärkt den Sport in all seinen Facetten. Das [Sonderinvestitionsprogramm „Sportland Hessen“](#) hat in den vergangenen zehn Jahren eindrucksvoll dazu beigetragen, die Sportinfrastruktur in Hessen weiter zu verbessern. Mithilfe des Programms zur Sportstättenanierung, Modernisierung und Erweiterung konnten insgesamt 1.747 Bewilligungen in einem Gesamtvolumen von über 48 Millionen Euro erteilt werden.



Seit dem Jahr 2007 verfügt das Sonderinvestitionsprogramm jährlich über ein Volumen von fünf Millionen Euro. Auch der Doppelhaushalt 2018/2019 ermöglicht eine solide Fortführung des Programms. Von 2012 bis 2016 hat das Land rund 243 Millionen Euro an Haushaltsmitteln für den Sport bereitgestellt. Allein in diesem Jahr wird der Sport mit über 44 Millionen Euro unterstützt.

- In den [Sportstättenbau und die Sanierung von Sportlerheimen](#) investiert das Land im laufenden Jahr insgesamt rund 9,4 Millionen Euro. Das Programm „Vereinseigener Sportstättenbau“ wird mit 1,8 Millionen Euro, das Programm „Weiterführung der Vereinsarbeit“ mit 574.000 Euro und das Sonderprogramm „Neubau, Erhaltung und Sicherung von Sportstätten“ mit zwei Millionen Euro ausgestattet.
- Das Schwimmbad Investitions- und Modernisierungsprogramm [„SWIM“](#) ist eine umfangreichere Neuauflage des bereits sehr erfolgreichen Hallenbäder-Investitionsprogramms „HAI“. Über fünf Jahre können so insgesamt 50 Millionen Euro in Maßnahmen zur Modernisierung, Sanierung und sogar zum Neubau von Hallen- und Freibädern investiert werden.

- Das [Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“](#) der Landesregierung unterstützt hessische Städte und Gemeinden, in denen Sportvereine und Institutionen Sport- und Bewegungsangebote mit Flüchtlingen initiieren möchten. Flüchtlingen wird dadurch schnell und unkompliziert das Ankommen in ihren Städten und Gemeinden erleichtert. Neben Sport- und Bewegungsangeboten von Sportvereinen und anderen Institutionen wird der Einsatz von Sport-Coaches für die Flüchtlingsarbeit gefördert.

Ökomodellregionen werden ausgeweitet

Die [Ökomodellregionen](#) sind in Hessen so erfolgreich, dass nun eine Ausweitung auf weitere Landkreise erfolgen soll. Die Landkreise, die sich bewerben, bekommen eine einzigartige Chance, die Landwirtschaft im Einklang mit der Umwelt zu stärken und neue Wertschöpfungsketten für Bio-Lebensmittel aufzubauen. Die Ideen und Projekte der bisherigen drei Ökomodellregionen wie die Wetterauer Bio-Wochen, die Streuobst-Apfelchips aus Nordessen oder der BioRegionat zeigen, dass gute Ideen, Begleitung durch Projektmanager und Vernetzung hier wunderbar funktioniert haben.



Die Landesregierung hat die Projektlaufzeit der bestehenden drei Modellregionen bis Ende 2020 verlängert. Nach der jetzt beginnenden neuen Ausschreibung wird es bald insgesamt sechs Ökomodellregionen in Hessen geben. Gefragt sind kreative Ideen, mit denen die Landwirtschaft, die regionale Verarbeitung und die Vermarktung vor Ort weiterentwickelt werden können. Die Ausschreibung für weitere Ökolandbau-Modellregionen-Hessen richtet sich insbesondere an die Akteure der Regionalentwicklung, der Landwirtschaft und des Verbraucherschutzes, Leader-Regionen, kommunale Kooperationen und Landkreise. Die ausgewählten Regionen erhalten zur Umsetzung ihrer Entwicklungskonzepte eine Projektmanagerin oder einen Projektmanager für zwei Jahre mit bis zu 75 Prozent Zuschuss zu den Personalkosten, maximal 50.000 Euro pro Jahr. Bewerbungsschluss ist der 31. März 2018.

Nachhaltige Stadtentwicklung

In die hessischen Programme zur nachhaltigen Stadtentwicklung „Stadtumbau in Hessen“, „Soziale Stadt“ und „Städte-baulicher Denkmalschutz“ wurden 18 Standorte neu aufgenommen.



In das Förderprogramm **Stadtumbau** in Hessen können 2017 zehn Stadtquartiere neu aufgenommen werden. Im Fokus des Programms steht ein klimaorientierter Stadtumbau. Zugleich muss der Stadtumbau dem demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandel gerecht werden. Insgesamt erhalten 33 Fördergebiete rund 25 Millionen Euro aus dem Stadtumbauprogramm. Dazu gehören u.a. **Buseck** (Ortskern Großen-Buseck) mit 397.000 Euro und **Gießen** (Margaretenhütte / südliche Lahnstraße) mit 394.000 Euro.

Das Programm **Soziale Stadt** wurde erheblich aufgestockt. In diesem Jahr können wir sechs weitere Standorte aufnehmen. Das Programm setzt besonders stark auf die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und bündelt vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung der städtebaulichen und sozialen Situation. **Gießen** (Eulenkopf) profitiert mit 262.000 Euro.

Das Programm **Städtebaulicher Denkmalschutz** kann um zwei neue Standorte erweitert werden. Im Fokus steht hierbei neue Nutzungen für erhaltenswerte Gebäude, historische Ensembles sowie bauliche Anlagen von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung zu sichern und zukunftsfähig zu gestalten.

[Weitere Informationen zur Städtebauförderung in Hessen finden Sie hier.](#)

GRÜNE bedauern Scheitern der Sondierungsverhandlungen

Die hessischen GRÜNEN haben auf dem Bundeparteitag in Berlin betont, das Ende der Sondierungsgespräche auf Bundesebene zu bedauern. Demokratie setzt die Bereitschaft zu fairen Kompromissen voraus. Die GRÜNEN haben diese von Beginn an absehbar schwierigen Sondierungsgespräche deshalb mit dem Vorsatz geführt, eine stabile Regierung für Deutschland zu ermöglichen. Das Wesen der parlamentarischen Demokratie ist es, aus unterschiedlichen Positionen Kompromisse zu erarbeiten.



[Einen ausführlichen Bericht über den Bundeparteitag finden Sie hier](#)

KURZ NOTIERT:

GLYPHOSAT-SKANDAL



In der mit der Zustimmung Deutschlands gefassten Entscheidung des EU-Berufungsausschusses, das Totalherbizid Glyphosat für fünf weitere Jahre zuzulassen, sieht **Martin Häusling** (Bild), agrarpolitischer Sprecher der Grünen/EFA im Europäischen Parlament, einen Vorboten für die Politik der möglichen großen Koalition in Deutschland:

„Die Entscheidung zugunsten des unter Krebsverdacht stehenden Totalherbizids Glyphosat hat Europa dem desolaten Zustand der Regierungsbildung in Deutschland zu verdanken. Das Umschwenken von einer Enthaltung in dieser Frage zur Zustimmung liefert uns einen Vorgeschmack auf die künftigen Machtverhältnisse in Berlin. Das Verhalten von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) ist instinktlos und skandalös. Glyphosat steht unter Krebsverdacht, dezimiert die Artenvielfalt und hat auf den Äckern nichts mehr zu suchen. Es gilt als ein völlig überholtes Mittel. Doch das kümmert weder die EU-Kommission noch den CSU-Minister und seine Chefin Angela Merkel. Sie haben sich willfährig dem Lobbydruck ergeben, statt sich des in Europa an sich geltenden Vorsorgeprinzips zu erinnern und den Verbraucherschutz an die erste Stelle politischen Handels zu stellen. Dieser Politik gehört die rote Karte gezeigt.“

NEUE DOPPELSPITZE



Auf der Landesmitglieder-versammlung am 18.11. in Hanau wurde Angela Dorn von den rund 400 Parteimitgliedern im Saal mit 83,8 Prozent ins Amt gewählt. Angela ist seit 2009 Landtagsabgeordnete, seit 2013 ist sie Parlamentarische Geschäftsführerin. Dieses Amt gibt sie nun ab. Der Co-Parteivorsitzende Kai Klose wurde mit 79,2 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Zu den Aufgaben der für zwei Jahre gewählten Doppelspitze aus Frau und Mann wird es u.a. gehören, ein Programm für die kommende Landtagswahl auf den Weg zu bringen.

GEGEN GEWALT IM NAMEN DER EHRE



Die Website der Osthessischen Initiative gegen Gewalt im Namen der Ehre ist online. Darauf finden Sie hilfreiche Adressen und Informationen zu den Themen Gewalt im Namen der Ehre, Zwangsverheiraten und Kinderehen/Frühehen. Die Initiative entwickelte sich 2011 aus einer Zusammenarbeit des Netzwerkes gegen Gewalt der Hessischen Landesregierung, der Violeta gGmbH, des Polizeipräsidiums Osthessen und der Hochschule Fulda als Veranstalter des Fachtages „Ehre und Gewalt – Zwischen Tradition und Moderne“. Sie vereint darüber hinaus Vertreterinnen und Vertreter aus Institutionen der Stadt und des Landkreises Fulda sowie des Vogelsbergkreises und des Landkreises Hersfeld-Rotenburg, die sich aktiv mit dem Thema Gewaltanwendungen im Namen der Ehre und Zwangsverheiratung auseinandersetzen. Ziel ist es, in Osthessen ein geeignetes Hilfenetz zu initiieren und einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs anzuregen, um auch hessenweit entsprechende Entwicklungen anzustoßen.

<http://www.ehre-gewalt.de>

AUSSTELLUNG ZUR AUFARBEITUNG



Am 23.11. eröffnete die Ausstellung „[Unverschämt. Lesbische Frauen und schwule Männer in Hessen von 1945 bis 1985](#)“. Diese Ausstellung widmet sich der leidvollen Schicksale vieler Frauen und Männer in Hessen und bildet ein weiteres Mosaik der langen Geschichte zur Aufarbeitung der Repression lesbischer Frauen und schwuler Männer. Viele lesbische Frauen und schwule Männer haben im Hessen der Nachkriegszeit unter staatlicher und gesellschaftlicher Repression gelebt. Was es für das eigene Leben bedeutet, für seine Sexualität strafrechtlich verfolgt oder angefeindet zu werden und sich verstecken zu müssen, belegt diese Ausstellung sehr eindrücklich.

„WERBEVERBOT“ FÜR ABTREIBUNGEN IST RELIKT DER VERGANGENHEIT



Der Paragraph 219 a des Strafgesetzbuches, das so genannte Werbeverbot für Abtreibungen ist ein Überbleibsel aus einer vergangenen Zeit. Dieser Paragraph führt dazu, dass Frauen ein wesentliches Informationsrecht vorenthalten wird. Legale Schwangerschaftsabbrüche sind möglich, und Frauen sollen auch erfahren können, wo ein solcher legaler Abbruch vorgenommen werden kann. Paragraph 219a bietet radikalen Abtreibungsgegnerinnen und Abtreibungsgegnern immer wieder einen Vorwand, verantwortungsvollen Ärztinnen und Ärzten eine sachgerechte Information zu untersagen. Ärztinnen und Ärzte, die ein solches Informationsangebot vorhalten, werden mit Klagen überzogen. Die die Landesmitgliederversammlung der hessischen GRÜNEN hat den Beschluss gefasst, 219a abzuschaffen.

[Den Beschluss finden Sie hier.](#)